

## Bessere Ziele für die EZB

Bundesbank-Chef: „Weidmann wirft hin“, FR-Wirtschaft vom 21. Oktober

Beim Ende der Amtszeit des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, im Jahr 2019 waren mehrere hohe Ämter zu besetzen. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, die Italienerin Federica Mogherini, wäre eine gute Nachfolgerin für Juncker gewesen, und der von mir hoch geschätzte Jens Weidmann als Deutscher der des Präsidenten der EZB, Mario Draghi. Leider hat die Bundesregierung nicht darauf gedrängt, sondern für die Kommission Ursula von der Leyen und für die EZB die Französin Christine Lagarde mitgewählt. Damit hat sie die langfristige Politik der EZB – Aufkauf der hohen Staatsverschuldungen und Senken der Zinssätze auf unter null Prozent pro Jahr – unterstützt. Herr Weidmann hatte andere, meines Erachtens bessere Ziele.

Robert Seckelmann, Schwelm

## Johnson hat's versprochen!

Zu: „Englands Zeitreise zurück durch das Jahr“, FR-Politik vom 21. Oktober

Das britische Gesundheitssystem kann nicht am Limit sein. Und das kann auch nichts mit Brexit zu tun haben, denn Boris Johnson hatte ja auf seinem Brexit-Bus versprochen, dass das britische Gesundheitswesen NHS jede Woche 350 Millionen Pfund bekommt, die England jetzt nicht mehr an die EU zahlt. Oder war das doch nur eine rechtspopulistische Lüge? Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

## 2G ist keine gute Idee

Hessen: „92 000 Auffrischimpfungen verabreicht“, FR-Region vom 18.10.

Eigentlich scheint die Sache klar: Impfen ist hochwirksam und die beste Lösung. Wären da nicht die Entwicklungen, die sich zuerst in Israel (früher Impfbeginn) und jetzt auch in Deutschland zeigen: Der Anteil Geimpfter an den schweren Verläufen ist stark gestiegen. Laut aktuellem RKI-Wochenbericht vom 14.10.21 liegt der „Anteil wahrscheinlicher Impfdurchbrüche an hospitalisierten Covid-19-Fällen“ in der Altersgruppe ab 60 aktuell bei 40 Prozent. Die Wirksamkeit der Impfung lässt schnell nach, und – siehe Israel – eine regelmäßige Auffrischung ist erforderlich. Eine weitere Folgerung ist, dass 2G ohne Schutzmaßnahmen keine gute Idee ist; vielmehr sind regelmäßige Tests für alle sinnvoll. Eine zusätzliche Erkenntnis ist, dass Impfen nicht reicht; es sollte für ein starkes Immunsystem gesorgt werden. Ralf Krug, Pohlheim

Diskussion: frblog.de/3g



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**

069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20211025](http://frblog.de/lf-20211025)

### FR ERLEBEN

**Richard Meng** von der Karl-Gerold-Stiftung moderiert die Diskussion zur Frage „Nach der Wahl: Wohin steuert das Land?“ Mit Nancy Faeser (SPD-Vorsitzende Hessen), Janine Wissler (Bundesvorsitzende Die Linke) und Daniel Cohn-Bendit. Die Veranstaltung ist ausgebaut, wird aber gestreamt: [fr.de/eventvideo](http://fr.de/eventvideo).  
**Freitag, 29. Oktober, 19 Uhr**  
**Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

**Bascha Mika** spricht mit Friedenspreisträgerin Tsitsi Dangaremba. Lesung aus und Diskussion zu „Überleben“, dem aktuellen Buch der Autorin. Tickets und Stream via [literaturhaus-muenchen.de/veranstaltung/ueberleben](http://literaturhaus-muenchen.de/veranstaltung/ueberleben)  
**Samstag, 30. Oktober, 20 Uhr**  
**Literaturhaus, Salvatorplatz 1, München**

**Andreas Schwarzkopf** moderiert die Diskussion „Strategie für das asiatische Zeitalter – Wie umgehen mit der Weltmacht China?“ Mit Amelie Richter (Journalistin von China.Table), Jürgen Trittin (MdB, Grüne) und Pascal Abb (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Teilnehmer registrieren sich bitte unter: [fr.de/anmeldung](http://fr.de/anmeldung) (Stichwort „China“). Stream: [youtube.com/hausamdom](http://youtube.com/hausamdom)  
**Mittwoch, 10. November, 19 Uhr**  
**Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

## Die letzte Chance zur Weichenstellung

Koalitionsverhandlungen: „Dehnbare Vokabel Fortschritt“ und „Fortschritt wagen“, FR-Politik v. 23.10. und -Meinung v. 27.10.

### Wir sind längst von Technik abhängig

Ich hab es noch im Ohr: „Die Technik wird uns bei allen bestehenden Problemen für das weitere Dasein der Welt die Lösung bringen.“ Die Technik bringt uns um unser Dasein und trennt uns vom eigentlichen Leben. Wir begaben uns in die Diktatur der Technik. Wir verzichten nicht, wir akzeptieren das. Wo ist die Entschlossenheit und Einsicht, gegen diese Abhängigkeiten vorzugehen? Unser Gesundheitssystem zeigt uns das wieder ganz deutlich: Die umlaufende Rede vom Menschenmaterial, vom Krankenmaterial einer Klinik spricht dafür (M.Heidegger, Sein und Zeit). Jon Pahlow, Frankfurt

### Wird der Klimaschutz zur Disposition gestellt?

Mit dem Beschluss des Verfassungsgerichts zu den Klimaklagen ist Paris-kompatibler Klimaschutz verfassungsrechtliche Verpflichtung jeder Regierung. Es handelt sich also nicht mehr um einen Punkt auf einer grünen Wunschliste, der im Koalitionspoker zur Disposition gestellt werden kann.

Welche Steilvorlagen brauchen die Grünen eigentlich noch, um ihrem Kernprogrammpunkt Geltung zu verschaffen? Es geht nicht mehr um Lippenbekenntnisse und Leerformeln, denen immer alle zustimmen können, weil sie ohnehin niemand einzuhalten gedenkt. Verfassungsrechtlich ist die Einhaltung des nationalen CO<sub>2</sub>-Restbudgets zwingend! In der Abwägung zwischen dem Verbrauch des Restbudgets durch CO<sub>2</sub>-intensiven Gebrauch von Freiheitsrechten – Beispiel Schnellfahrer – und den nahezu alle Lebensbereiche umfassenden, durch das absehbare Aufbrauchen des CO<sub>2</sub>-Restbudgets hochgradig bedrohten künftigen Freiheitsrechten, dürfte das Ergebnis eindeutig sein: Es gibt kein Recht mehr, weiterhin leicht vermeidbares CO<sub>2</sub> zu emittieren. Das ist ebenso wenig ein Gegenstand für Kompromisse wie bei der Einhaltung anderer Grundrechte.

Diese Verwechslung normativer Verpflichtungen mit zur Verhandlung stehenden Partikularinteressen zeitigt aber nicht nur ungenügende Gesetze, sondern hat auch negative Auswirkungen auf die Qualität des politischen Diskurses und damit auf eine Grundlage der Demokratie. Wer die kommende Legislaturperiode im Wahlkampf mit Recht als „letzte Chance“ bezeichnet, um die Weichen für das Erreichen der Klimaziele noch zu stellen, dies anschließend in Koalitionsverhandlungen aber keine Rolle zu spielen scheint, demonstriert dem Wahlvolk, dass wahre Aussagen zu existenziellen Kernfragen im Wahlkampf keine andere Geltung besitzen als andere Werbeslogans. Mit der „letzten Chance“ kann es nicht so ernst sein, wenn sie im nächsten Moment zur Disposition gestellt wird. Das Ergebnis ist Verwirrung und Relativierung der Fakten, wo Aufklärung von existenzieller Bedeutung ist.

Die Befürchtung, dass die geplante Ampelregierung den Fortschrittsbegriff dazu missbrauchen könnte, einen großen Schleier über einen minimalen gemeinsamen Nenner zu legen, also alles andere als die notwendige Transformation umzusetzen, ist leider nur allzu begründet.

Karl Höhn, Frankfurt

### Nicht mal das Tempolimit ist in dieser Runde möglich

Stephan Hebel kommentiert treffend: „Die Ampel stellt einen Kompromiss dar zwischen in Maßen reformbereiten Kräften und der Lordsiegelbewahrerin eines Kapitalismus, der für ökologische und soziale Fragen sowie die sozialen Folgen seines Handelns weitgehend blind ist.“ Genau dieses Dilemma spiegelt das Wahlverhalten von uns Wählerinnen und Wählern wider. Es handelt sich nicht um einen Kompromiss in der Sache, sondern um eine Kompromissbildung einer „Volksseele“, die sich vor jeglicher Form von notwendiger Radikalität einer sachgerechten Klimapolitik fürchtet. Es ist nicht einmal möglich, ein

Tempolimit zu beschließen, das nun wirklich nur Vorteile bringt.

Hebel mahnt zu Recht an, dass es darum geht, politische Führung zu wagen. Es ist angebracht, von einer Regierungskoalition zu erwarten, dass sie auch dann politische Führung übernimmt, wenn es der jeweiligen Wählerklientel nicht so passt, denn dafür sind sie gewählt. Und es ist schon oft von anderen Leserinnen und Lesern dieser Zeitung benannt worden: Das Klima reagiert nur auf Fakten, nicht auf Kompromissbildungen.

Natürlich lebt eine Demokratie auch von außerparlamentarischer Opposition. Aber wir können es nicht „Fridays for Future“ allein überlassen, für Fortschritt zu kämpfen, der über das Allwohl-und-keinem-Wehe hinausweist. Und die Justiz könnte sich in diesem Kontext auf ihren Auftrag besinnen, Recht nicht für Konzerne und eine beleidigte Polizei zu sprechen, und zudem eskalierend Menschen zu kriminalisieren, die im Dannenröder Fort demonstrieren, sondern Recht zu sprechen für Bürgerinnen und Bürger. Frei nach gängigem Prinzip: Wenn der Fortschritt uns etwas bringen soll, wird er uns auch etwas kosten.

Als Ersatz empfehle ich einige neue Wohlstandskriterien: saubere Luft, gesundes Essen, erträgliches Klima, gewaltloses Miteinander, zu erreichen auch mit einer Portion Naivität und weniger Pragmatismusgläubigkeit.

Robert Maxeiner, Frankfurt

### Warum holt man das Geld nicht dort, wo es sitzt?

Entlastung für kleine und mittlere Einkommen ausgesetzt? Man geht den Weg des geringsten Widerstands. Das Geld reicht schon lange nicht mehr. Seit der falschen Umsetzung des Euro. 40 Prozent der Privathaushalte sind bereits verschuldet! Warum holt man das Geld nicht dort, wo es sitzt? Verschonung von Multis, die keine Steuern zahlen, Finanzmärkte, Wirecard, Cum-Ex, Panama, Pandora und anderes mehr. Renate Schumacher, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/koalition-2021](http://frblog.de/koalition-2021)

## Eine übliche Dankeszeremonie

Großer Zapfenstreich: „Feuerwerk reicht“, FR-Meinung vom 21. Oktober

Offensichtlich gehört es in Ihrer Redaktion fast zum guten Ton, regelmäßig die Bundeswehr ins Abseits stellen zu wollen. Es wird mit keinem Wort darauf eingegangen, dass dieser Zapfenstreich ein beim Militär übliches Dankeszeremoniell ist, mit dem hier Dank für die Soldaten ausgesprochen werden sollte, die im Namen des deutschen Volkes ihre Haut in Afghanistan zu Markte getragen hatten. (Der Gattungsbegriff Soldaten beinhaltet nach offiziellem Sprachgebrauch selbstverständlich alle Geschlechter). Dies entwertet eigentlich schon die von Ihnen geäußerte Auffassung. Lächerlich wird es dann mit der Forderung, derartige Ver-

anstaltungen ausschließlich innerhalb von Kasernen abzuhalten. Zur Erinnerung: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, deren Einsätze vom Bundestag bestimmt werden, weil sie eben „kein Staat im Staate“ mehr werden sollte, wie früher.

Offensichtlich werden hier aber nur die historischen Zusammenhänge bemüht, die der Meinung der Autorin entsprechen. Auch wenn man grundsätzlich Militär und Waffen ablehnt, scheint es doch kindliches Wunschdenken angesichts der (militärischen) Bedrohungsszenarien, die derzeit sich weltweit aufbauen. Mit gutem Zureden lassen sich z.B. weder Herr Pu-

tin, Herr Xi, Herr Erdogan, Herr Assad oder Herr Trump überzeugen. Die Ukraine wäre längst wieder Teil Russlands geworden, wenn die ukrainische Armee nicht mit westlicher Hilfe wirksamen Widerstand leisten würde. Aber es gibt eben immer wieder Leute, die jeglichen Zwang zur Einhaltung gesellschaftlicher Regeln ablehnen und am liebsten Polizei, Schulpflicht und Gefängnisse abschaffen wollen. Kein Wunder, dass sich Soldaten, Polizisten, Lehrer und Wärter gesellschaftlich ausgegrenzt sehen. Die Bewerberzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Bernd Keichel-Enders, Freienhagen